Wir tun was

Die Marburger SPD-Fraktion · November/Dezember 2008

Investitionen in Schulen

Für uns eine selbstverständliche Prioritätensetzung

Investitionen in Schulen sind Investitionen in die Zukunft. Für uns ist das keine leere Phrase, sondern gelebte Wirklichkeit. Ersichtlich ist das alljährlich im Haushalt der Stadt Marburg. Insgesamt über 50 Millionen Euro haben wir in den Jahren 2000 bis 2009 in Schulen investiert. Das entspricht einem jährlichen Durchschnitt von 5 Millionen Euro. Für diese Kontinuität steht die SPD-Fraktion der Stadt Marburg!

Zukunftsfähige Schulen sind ohne Verbesserung der Qualität von Unterricht nicht zu verwirklichen. Für uns steht an erster Stelle der Auf- und Ausbau von Ganztagsschulen, wobei dies nicht bedeuten darf, lediglich den Vormittagsunterricht auf den Nachmittag auszudehnen. Es bedeutet für uns eine andere Art des Unterrichts, der den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen angepasst ist. Neue Formen des Lernens entwickeln, fächerübergreifendes und selbstbestimmtes Lernen, Neugier wecken, Begabungen gezielt fördern, musische, künstlerische und sportliche Bildung einbeziehen, außerschulische Kooperationspartner in die Schule integrieren und selbstverständlich auch Eltern, Kinder- und Jugendparlament, Schulelternbeiräte und Fördervereine in diesen Prozess mit einbeziehen. Dazu gehört auch, dass wir Schule als Lebens- und Erfahrungsraum unserer Kinder verstehen und Schulen mit ansprechenden Schulhöfen, mit Aufenthalts- und Ruheräumen, Bibliotheken und modernen Fachräumen, die den heutigen Erfordernissen gerecht werden, ausstatten.

Der jüngst veröffentlichte Zweite Deutsche Kinder- und Jugendsportbericht befasst sich mit der Bedeutung des Sports für Kinder bis zum zwölften Lebensjahr und zeigt in erschreckender Deutlichkeit, dass die Wirkungen, die Bewegung und Sport insgesamt auf die Entwicklung und Leistung von Kindern haben, erheblich umfassender sind als bisher vielfach angenommen. Bewegungs- und Ruheangebote müssen in den Schulalltag Eingang finden. Wir haben vor Jahren bereits damit begonnen, die Schulhöfe unter Einbindung der Schulgemeinden neu zu gestalten, um weitere Bewegungsanreize zu schaffen.

Mit unserer Lokalen Bildungsplanung haben wir ebenfalls einen großen Schritt in diese Richtung getan und werden diesen Weg auch weiter gehen. Die inzwischen etablierten Kooperationen mit der Musikschule, der Kunstwerkstatt, dem Weltladen, mit Sportvereinen und anderen freien und öffentlichen Trägern seien hier exemplarisch genannt.

Ein weiterer neuer Ansatz ist die Verankerung von Schulsozialarbeit in den Schulen – finanziert durch die Stadt Marburg. Die Schulen arbeiten mit den Gemeinwesenprojekten oder freien Trägern der einzelnen Stadtteile zusammen in den Bereichen der Berufsorientierung und -qualifizierung, sozialpädagogischer Beratung sowie Einzelfallhilfen und Elternarbeit.

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

- **Investitionen in Schulen**
- **Studiengebühren schaden**
- **Integration in Marburg**
- **Pflegestandards in Klinika in Marburg und Gießen**
- **Die Marburger SPD-Fraktion vor Ort. Nächste Runde: 29. 11. bis 6. 12. 2008**

Fortsetzung von Seite 1

Wer Ganztagsschulen will und deren Ausbau unterstützen möchte, muss dementsprechend auch dafür Sorge tragen, dass Kinder, Jugendliche und die Lehrenden selbstverständlich auch eine ausgewogene Mittagsversorgung erhalten. Dafür haben wir mehrere ansprechende Cafeterien gebaut. Doch auch hier galt die Prämisse, kein Kind zurück zu lassen – auch nicht vor den Theken der Schul-Cafeterien, weil sie sich das Mittagessen nicht leisten können.

Angesichts der alarmierenden Ergebnisse aus Studien zur sozialen Lage von Kindern haben wir uns auch nicht dieser traurigen Tatsachen verschlossen und mit Beginn des Schuljahres 2008/2009 eine neue Haushaltsstelle eingerichtet, um Kindern aus sozial schwachen Familien ein Mittagessen finanzieren zu können. Parallel hierzu wurde der Ansatz des Stadtpasses erhöht, um den Kreis derjenigen zu erweitern, die von der Essenssubventionierung profitieren. Perspektivisch setzen wir uns jedoch auch weiterhin dafür ein, dass Mittagessen als ein Bestandteil von Schule zu sehen ist und für alle kostenfrei angeboten werden muss – finanziert durch Bund, Land und Kommune.

Auf unsere Schulen können wir Marburger stolz sein. Die SPD betrachtet einen gut ausgebauten Schulstandort Marburg als ein Stück Lebensqualität für Marburger Familien. Unsere vielfältige und überzeugende Bildungslandschaft in Marburg ist praktizierte Zukunftssicherung.

Kinder und Jugendliche unnötig unter Druck zu setzen, sie bereits im Alter von 10 Jahren zu selektieren und stur am dreigliedrigen Schulsystem festzuhalten, entspricht nicht unseren Vorstellungen von einer guten Bildungspolitik. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns weiterhin dafür ein, dass Schülerinnen und Schülern mehr Zeit zum gemeinsamen Lernen erhalten! Daher gehen wir als Verantwortliche in der Stadt mit unserer Bildungspolitik, mit unserer Lokalen Bildungsplanung, mit unserem Schulhoferneuerungsprogramm, unserem Essenszuschuss für ein gesundes Mittagessen den eingeschlagenen Weg konsequent weiter – im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen und deren Familien.

Kirsten Dinnebier, Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Kultur

Studiengebühren schaden Marburg

19.870 aktuell immatrukulierte Studierende, davon 56 Prozent Frauen. So ist es auf der Homepage der Uni Marburg zur lesen. 1000 Studierende mehr. 1000 Ideen mehr. 1000 Chancen mehr. Studieren in Marburg ist gerade bei jungen Menschen (immer noch) attraktiv. Die Frage bleibt, wie lange. Gerade konnten sich die Studierenden über die Abschaffung der Studiengebühren freuen schon müssen sie wieder anfangen zu sparen. Mit der Neuwahl in Hessen entsteht natürlich wieder die große Unsicherheit wie es mit den Studienbeiträgen weitergeht. Andrea Ypsilanti hielt ihr Versprechen und schaffte sie zum Sommersemester 2008 ab. Wie es jetzt weitergeht, werden wohl die Wahlen im Januar zeigen.

Was das direkt für Marburg bedeutet, lässt sich relativ leicht sagen. Studieren wird wieder schwerer. Gerade Kinder aus Familien mit geringem Einkommen entscheiden sich, auch aufgrund der Gebühren, immer häufiger gegen ein Studium, obwohl sie die Fähigkeit dazu hätten. Für Marburg gehen dadurch die Ideen genau dieser Studierenden verloren. Marburg braucht Vielfalt und Marburg braucht das studentische Leben. Nicht zu verkennen, dass der Anteil der Studierenden einen nicht unerheblichen Wirtschaftsfaktor für diese Region hat. Die Universitätstadt Marburg lebt von der Uni und die Uni von der Stadt.

Eigentlich sollten 1000 neue Studierende im Wintersemester 2008/09 für sich sprechen und die Idee der Wiedereinführung der Studiengebühren gar nicht aufkommen lassen. Leider tun sie das offensichtlich nicht.

Babara Mertins, Mitglied im Sozialausschuss

Wie wichtig darf sich die Politik nehmen?

Zu oft wird das Wort Integration falsch benutzt und sollte im eigentlichen Sinne kurz gefasst bedeuten: Menschen in einer Gemeinschaft willkommen zu heißen und sie auch gleichzeitig zu bitten sich einzubringen und somit auch Teilhabe an der Gesellschaft zu haben. In Marburg ist man nun auf einem viel versprechenden Weg, der durch einen Prozess des Miteinanders bestimmt wird. Oberbürgermeister Egon Vaupel hat es geschafft, namhafte Vertreterinnen und Vertreter der Religionen, Vereine, Initiativen und der Verwaltung an einen Tisch zu bekommen. Sie sollen darüber diskutieren und schließlich festlegen, was die Grundlagen eines gemeinsamen und friedlichen Miteinanders sein können. Hieraus hat sich nun ein Papier entwickelt, das in der Bundesrepublik seines Gleichen sucht. Denn so, wie ich es persönlich erlebt habe, können nun diese unterschiedlichen Menschen mit konträren Werte- und Lebensvorstellungen auch für bestimmte Sichtweisen des Anderen einstehen und diese nachvollziehen. Man hat gelernt sich gegenseitig zu respektieren und auch die Argumente und Beweggründe des Anderen zu akzeptieren.

Denn natürlich darf es hierbei nicht nur bei Bekenntnissen bleiben. Nein, hier steht nun die große Aufgabe der Umsetzung an. Ein Aufgabenkatalog soll in naher Zukunft die Basis der Handlungen bilden, auf denen die Integration in Marburg vorangetrieben werden soll. Die Mitglieder und Experten des Tisches wollen verständlicherweise ihre freiwillige und tragende Arbeit der letzten Monate auch tatsächlich verwirklicht sehen. Jetzt ist es an den Stadtverordneten diesem Prozess der Wertschätzung und des Respekts die nötige Kraft zu verleihen und den Integrationswillen zu beweisen. Integration ist eben manchmal auch eine Ansichtssache und hoffentlich nie nur eine Floskel. Darum bitte ich alle Stadtverordneten.

Schaker Hussein, Mitglied der Gruppe Integrationsvereinbarung

Die Marburger SPD-Fraktion vor Ort
47. Aktionswoche: 29.11. bis 6.12. 2008

Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern auch außerhalb der Wahlkampfzeiten zu halten, muss eine selbstverständliche Pflicht für alle politisch Tätigen sein. Die Marburger SPD-Fraktion dokumentiert dies unter anderem in Form ihrer regelmäßig stattfindenden Aktionswochen **Fraktion vor Ort**, die inzwischen zu einem festen Bestandteil der Marburger Kommunalpolitik geworden sind.

Am 29. November startet die Marburger SPD-Fraktion zu ihrer nächsten Aktionswoche **Fraktion vor Ort**. Nun schon zum 47. Mal seit 1997. Immer wieder eine gute Gelegenheit sich zu informieren, zuzuhören, Anregungen zu sammeln und eigene Positionen zu erklären. Dabei freuen wir uns über Lob für unsere Arbeit, genauso nützlich ist aber auch konstruktive Kritik.

Wichtig ist es für uns zu erfahren, was sich in Marburg tut, was in der Kommunalpolitik bewirkt worden ist und an welchen Stellen wir uns im Stadtparlament weiter für Verbesserungen einsetzen müssen. Nur wer sich viel vornimmt, kann viel erreichen.

Wir freuen uns darauf, in dieser Woche wieder mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, Erfahrungen auszutauschen und neue Anregungen für unsere politische Arbeit in der Marburger Stadtverordnetenversammlung zu sammeln, damit auch unsere 47. Aktionswoche ein Erfolg wird.

Ihr

Reinhold Becker
Vorsitzender der Marburger SPD-Fraktion

Samstag, 29.11.	**11.00 Uhr**	Teilnahme an der Eröffnung des Weihnachtsmarktes an der Elisabethkirche
	16.00 Uhr	Premiere des Weihnachtsstückes „Es ist ein Elch entsprungen" des Hessischen Landestheaters in der Stadthalle
	19.00 Uhr	Teilnahme am Benefizdinner 5 Jahre Netzwerk Richtsberg
Sonntag, 30.11.	**18.00 Uhr**	Besuch des Konzert des sinfonischen Blasorchesters des VFL Marburg in der Lutherischen Pfarrkirche
Montag, 1.12.	**20.00 Uhr**	öffentliche Fraktionssitzung im Sitzungssaal „Hohe Kante", anschließend Besuch des Weihnachtsmarktes am Markt
Dienstag 2.12.	**18.00 Uhr**	Treffen mit dem Theater „Schnaps und Poesie", Untergasse 12
	20.00 Uhr	Treffen mit Vertretern des Weltladens, Am Markt 7
Mittwoch 3.12.	**20.00 Uhr**	Besuch des Cafe Trauma, Afföllerwiesen 3a
Donnerstag, 4.12.	**18.30 Uhr**	Besuch der Sitzung des Ausländerbeirates im Stadtverordnetensitzungssaal
Freitag, 5.12.	**16.00 Uhr**	Teilnahme an der Eröffnung des Eispalastes auf den Lahnbergen
Samstag, 6.12.	**9.00 – 13.00 Uhr**	Kulturforum, Musikschule, Am Schwanhof
	17.00 Uhr	Nikolausfeier des Ortsvereins der SPD im Bürgerhaus Elnhausen

Universitätsklinikum Gießen und Marburg – alles im Lot?

Nicht zuletzt durch die aktuell in der Öffentlichkeit diskutierten Fälle von Qualitätsmängeln in der Versorgung von PatientInnen stehen verbindliche Personalmindeststandards in Kliniken wieder auf der Tagesordnung.

So wird auch am Universitätsklinikum Gießen und Marburg darüber diskutiert. Es hat sich gezeigt, dass ein dringender Bedarf besteht, die Personalsituation und damit die Qualität der Krankenversorgung zu verbessern.

Wenn Kliniken, unabhängig von Trägerschaft oder Rechtsform, bei gedeckelten Budgets mit dem Ziel betrieben werden, Gewinne zu erzielen, kann es nicht allein der unternehmerischen Entscheidung überlassen bleiben, wie viel und wie gut qualifiziertes Personal noch zur Behandlung und Pflege eingesetzt wird. Während die präventive Einhaltung von zum Beispiel Hygienestandards in Kliniken außer Diskussion steht, gibt es derzeit keine präventiven Maßnahmen gegen Schäden durch übermäßige Personalreduzierung. Es ist daher unerlässlich, verbindliche Mindeststandards für die Personalbesetzung in Kliniken zu entwickeln. In den letzten Jahren sind in Kliniken 100.000 Stellen, insbesondere in der Pflege abgebaut worden, davon 7.000 in Hessen. Immer mehr hochgradig pflegebedürftige PatientInnen werden in Kliniken von immer weniger Pflegekräften betreut – das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Bessere Arbeitsbedingungen sind gefordert, um die Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern vor gesundheitsschädlichen Arbeitsverdichtungen zu schützen, so dass erste Sofortmaßnahmen hier ansetzen müssen.

Angesichts des krankheits- und therapieabhängig differenzierten Personalbedarfs, können verbindliche Personalanhaltszahlen nur durch analytisches Verfahren ermittelt werden. Bis zur Umsetzung eines solchen analytischen Personalbemessungssystems ist es erforderlich, kurzfristig umsetzbare Personalmindeststandards verbindlich für alle Kliniken und Träger umzusetzen. Dabei dürfen folgende Pflegepersonalmindeststandards nicht unterschritten werden:

- In der stationären Krankenhauspflege werden mindestens 90 % der nach der ehemaligen Pflegepersonalregelung (PPR) erforderlichen Pflegekräfte benötigt.
- Bei der Pflege von IntensivbehandlungspatientInnen muss eine examinierte Pflegekraft pro Schicht für maximal zwei IntensivbehandlungspatientInnen Standard sein.
- Es ist höchste Zeit, dass die Politik handelt, denn die bisherige Krankenhausfinanzierung lässt es zu, dass die Krankenversorgung immer mehr industrialisiert wird.

Gute Arbeitsbedingungen sind eine zentrale Herausforderung, die ver.di und Betriebsräte einfordern. Dieser Verantwortung stellt sich die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Das Ziel muss sein, dass die vom gesundheitspolitischen Sprecher und Landtagsabgeordneten, Dr. Thomas Spies, geforderten Personalmindeststandards in hessischen Kliniken durch einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des hessischen Krankenhausgesetzes durch eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung umgesetzt werden.

Bettina Böttcher, Stadtverordnete der SPD-Fraktion

Die Marburger SPD Fraktion

Frankfurter Straße 47 • 35037 Marburg · Tel: 06421/16990-14 • Fax: 1699018
http://www.spd-marburg.de · E-mail: spd-fraktion-marburg@t-online.de

WIR LEGEN WERT AUF IHRE MEINUNG!
Rufen Sie uns einfach an oder nutzen Sie den untenstehenden Coupon.

Absender

.....
.....
.....
.....

Ich möchte

❍ ein Gespräch mit meiner/meinem Stadtverordneten und bitte um Terminabsprache

❍ Informationsmaterial zur Kommunalpolitik

❍ Mitglied der SPD werden

❍ Ihnen meine Meinung sagen

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Die Marburger SPD-Fraktion
Frankfurter Straße 47

35037 Marburg

11/12/08